

Bundesrat

**Empfehlungen
der Ausschüsse**

zum

Gesetz zur Ergänzung und Verbesserung der Wirksamkeit
kostendämpfender Maßnahmen in der Krankenversicherung
(Kostendämpfungs-Ergänzungsgesetz - KVEG)

Punkt 6 der 506. Sitzung des Bundesrates am 27. November 1981

A

Der federführende Ausschuß für Arbeit und Sozialpolitik (AS)
empfehl dem Bundesrat, zu dem Gesetz die Einberufung des
Vermittlungsausschusses gemäß Artikel 77 Abs. 2 des Grundge-
setzes aus folgenden Gründen zu verlangen:

- 1. Zu Art. 1 Nr. 7 (§ 184 KVO) 14
Art. 3 Nr. 7 (§ 17 KVLG)

In Artikel 1 und Artikel 3 ist jeweils die Nummer 7
zu streichen.

Begründung:

Die Einführung einer sog. teil-
stationären Krankenhauspflege, die
lediglich unter einer anderen Be-
zeichnung im Ergebnis eine "nach-
stationäre Behandlung im Kranken-
haus" bedeuten würde, wäre kein
wirksamer Beitrag zur Kostendämpfung.
Es würde hiervon ohnehin nur Gebrauch
gemacht werden, wenn die Bettenkapa-
zität zum jeweils maßgeblichen Zeit-
punkt ausgelastet wäre.

Anwendungen der beteiligten Krankenkassen
für Heilmittel im Jahre 1980 zu treffen.

3. Die bis zum Inkrafttreten des Gesetzes beschlos-
senen Richtlinien der Bundesausschüsse der
Ärzte und Krankenkassen gelten als in der Zu-
sammensetzung der Bundesausschüsse nach
§ 308 o der Reichsversicherungsordnung be-
schlossene Richtlinien.

4. In den Jahren 1982 und 1983 können die Träger
der Krankenversicherung von der Auffüllung ih-
rer Rücklage (§ 365 Abs. 4 der Reichsversiche-
rungsordnung, § 71a Abs. 4 des Gesetzes über die
Krankenversicherung der Landwirte) absehen.

5. Der Bewertungsausschuß hat im einheitlichen
Bewertungsmaßstab für die zahnärztlichen Lei-
stungen Überbewertungen der zahnärztlichen so-
wie Kieferorthopädie zu beseitigen und durch
eine neue Bewertung Anreize für zahnherhal-
tende Maßnahmen zu schaffen.

Artikel 6

Berlin-Klausel

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1
des Dritten Überleitungsgesetzes auch im Land Ber-
lin.

Artikel 7

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1982 in Kraft.

AS

2. Zu Art. 1 Nr. 12 (§ 205 RVO),
Art. 5 Nr. 11 (§ 52 NVLG)

Art. 1 Nr. 12 und Art. 5 Nr. 11 sind zu streichen.

Begründung:

Der Bundesrat hält es für angebracht, daß auch arbeitslose Jugendliche, die das 19. Lebensjahr überschritten haben, Anspruch auf Familienhilfe behalten.

AS

3. Zu Art. 1 Nr. 14 Buchst. a bis c (§ 308f RVO),
Art. 1 Nr. 21 (§ 405a RVO),
Art. 5 Nr. 2

a) In Artikel 1 ist Nummer 14 wie folgt zu fassen:

"14. In § 308f Abs. 8 werden die Worte
"zahnärztliche und" gestrichen.

b) Art. 1 Nr. 21 ist zu streichen.

c) Art. 5 Nr. 2 ist zu streichen.

Begründung zu a bis c:

Eine Bindung der Vertragspartner an den Empiehlungsrythmus der Konzertierten Aktion beschränkt die Autonomie der Selbstverwaltung in unverhältnismäßiger Weise.
Die Ausdehnung der Höchstbetragsregelung auf Heilmittel ist ordnungspolitisch verfehlt.

Im übrigen Folgeänderungen.

AS

4. Zu Art. 5 Nr. 6

In Art. 5 Nr. 6 ist Satz 1 wie folgt zu fassen:

"Die am 1. September 1981 vereinbarten Vergütungen für zahntechnische Leistungen gelten nach dem Auslaufen der jeweiligen vertraglichen Regelungen für zwölf Monate weiter."

Begründung:

Bezüglich der Zahntechniker sah der Mitte August 1981 vorgelegte Referentenentwurf eine Vorkürzung der vereinbarten Vergütung für zahntechnische Leistungen um 10 % für die Zeit vom 1.1.1982 bis Ende 1983 vor. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung hat den Referentenentwurf entschärft. Bedenken bleiben allerdings auch noch gegen die vom Bundestag verabschiedete Fassung insofern bestehen, als die Ausgewogenheit der Kostendämpfungsbeiträge der Zahntechniker - insbesondere im Vergleich zu den Ärzten und Zahnärzten, die von einer gesetzlichen Regelung verschont wurden - nicht gewährleistet erscheint. Auch bei den Zahntechnikern sollte nicht eine Kürzung, sondern lediglich eine befristete Weitergeltung der getroffenen Preisabsprachen vorgeschrieben werden.

B

Fz

5. Der Finanzausschuß (Fz)

hat beschlossen, von einer Stellungnahme zu dem Gesetzesbeschluß abzusehen.